

Jean Nicolas Druey

Juristentag 2000 St. Gallen  
(Plenumsansprache)

Ich möchte die Synthese versuchen.

Beginnen wir bei der Rechnungslegung. Wir haben von der enormen Bewegung gehört, in welcher dieser Bereich steht, und das ist auch das mächtige Aufeinanderstossen der grossen Blöcke "Recht" und "Wirtschaft". Wir hören, dass es namentlich die ungeheuer sich entfaltenden Bedürfnisse des Kapitalmarkts sind, die den behaglichen Trott der althergebrachten "anerkannten kaufmännischen Grundsätze" aufgescheucht haben und nicht **nur** Verfeinerungen, sondern eigentliche Revolutionen erzeugen. Dahinter steht aber bei weitem nicht nur der Kapitalmarkt, sondern was da stattfindet, ist ein ganz allgemein enorm intensiviertes Nachdenken; eine ganze, grosse Wissenschaft beugt sich über das, was Gegenstand eines Buchhaltungskurses am KV zu sein pflegte. Das ist **Wirtschafts-**Wissenschaft. Zugleich ist es aber ein Kampf der **Ordnungen** und damit von **rechtlichen** Systemen, zugespitzt jetzt von US-GAAP und IAS. Seit eh und je war Rechnungslegung nicht nur eine Frage der zweckmässigen Optimierung, sondern eben von Normen.

Rechnungslegungsrecht ist wohl das älteste Wirtschaftsrecht überhaupt - schon auf der Stele des Hammurabi gibt es bekanntlich Vorschriften dazu. Dabei haben sich aber die Juristen bis heute durch eine bemerkenswerte Uninteressiertheit an diesem Gebiet ausgezeichnet, und hinter welcher sich auch eine Portion Scheu verbirgt. Die recht schmale Beteiligung an diesem Workshop hat dies auch wieder bestätigt, aber keiner der Beteiligten dürfte die Teilnahme bereut haben.

Sie haben den drei Berichten, die Ihnen zum heutigen Tag dazu vorgelegen haben, den Konzeptgedanken leicht ansehen können: Giorgio Behr argumentiert gleichsam aus der Natur der Sache, wie ein inhaltlich gutes Rechnungslegungsrecht aussehen sollte, während Werner Ebke die normativen Blöcke, die Reibungen der Ordnungen darzustellen hat; Lukas Handschin aber machte mit Alexander Kind ebenso schlicht wie einmalig den Versuch, interdisziplinär an einem Beispiel den Betriebswirt und den Juristen zueinander finden zu lassen. Aber auch und gerade wenn wir einfach nach der Natur der Sache, nach der wirtschaftlichen Zweckmässigkeit fragen, ist die Erkenntnis aus den Berichten und der Debatte doch deutlich die, dass Rechnungslegung ohne das normative Gerüst und damit ohne Juristen nicht auskommt, und weil so viel auf dem Spiel ist: immer weniger. Nie wird sich alles auf einen einzigen Satz, heisse der nun true and fair view, fair presentation oder wie immer, konzentrieren und von dort als von einem Generalzweck ableiten lassen. Aber immer wird die Beschäftigung mit Rechnungslegungsrecht für den Juristen mit dem Gefühl verbunden sein, als ob er auf den Wellen tanze. Ist das indessen nicht typisch für das Wirtschaftsrecht überhaupt? Immer hat es Impulse aufzufangen, die von ausserhalb, aus dem sog. "Wirtschaftsleben" kommen.

Und damit sind wir ganz von selbst auch bei der Globalisierung, dem Stichwort, das sich als roter Faden durch unsere ganze Tagung recht eigentlich aufdrängte. Auch dafür, was diese Vorgänge juristisch bedeuten, ist die Rechnungslegung sehr illustrativ: auch unter diesem Gesichtspunkt ist vom bestehenden Recht nicht Selbstaufgabe, sondern im Gegenteil höchste Standfestigkeit gefragt. Standfestigkeit heisst aber, wenn man auf den Wellen reitet, Beweglichkeit.

Aus einer andern Richtung treten wir an die zentralen Gesichtspunkte heran beim zweiten Thema: der Verantwortlichkeit der Organe. Auffällig ist hier, dass alle drei Berichte von der ökonomischen Analyse ausgehen, von dort dann allerdings in verschiedene Richtungen ausstrahlen: genaue Bezugnahme auf das geltende Recht bei Lukas Glanzmann, Einbringung der themenrelevanten ÖAR im einzelnen bei Markus Ruffner, und die Abwägung von Verantwortlichkeit gegen Reputation als ausserrechtliches Moment ordnungsmässigen Verhaltens bei Hans-Caspar von der Crone. Ökonomie ist hier nicht nur, und nicht unbedingt, der (juristische) Gegenstand, sondern eine Betrachtungsweise. Sie ist eine Art der Erklärung von menschlichem Verhalten und damit von Rechtsnormen überhaupt. Zu recht wurden wir darauf hingewiesen, dass es diese Betrachtungsweise nicht nur im grossen Unternehmen gibt, sondern dass sie auch einen Beamten, einen Vormund oder auch einfach einen Ehegatten einiges angeht. Und wieder entsteht darob das Gefühl des Bodens, der einem unter den Füßen weggezogen wird. Denn anstelle der Wegleitung des Verhaltens durch eine Norm, durch einen Paragraphen, den man nicht weiter zu hinterfragen hat, tritt eine Pflicht zur ökonomischen Optimierung. Aber auch hier geht es nicht um Selbstaufgabe des Rechts. Recht wird nie sich einfach in Ökonomie auflösen, sondern mehr sein als Ökonomie. Aber die Aufgabe ist eben die Standfestigkeit auf einem sich bewegenden Boden.

Diese Feststellungen führen direkt ins nächste Thema, aber halten wir zuerst noch eine Konvergenz der drei Verantwortlichkeitsberichte auch im Ergebnis fest: Verantwortlichkeit

kann auch kontraproduktiv sein, den Führungsorganen darf der Atem nicht abgeschnitten werden. Wir könnten nicht behaupten, dass das heutzutage der Fall ist, doch sollten wir deutlich sehen, woher dieses Atem-Abschneiden künftig kommen kann: gewiss nicht von einer richterlichen Überprüfung der Inhalte geschäftsleitender Beschlüsse, sondern von einem ständig sich verengenden Netz von Verfahrensvorschriften, von good practice-Regeln. Ein weiteres Schlagwort unserer heutigen Welt ist hier von unmittelbarer Bedeutung: neben die Ökonomisierung tritt nämlich die Informatisierung, und das heisst hier die Auflösung der Verhaltensregeln in Informationsvorgänge. Der Vorwurf, der aus dieser Sicht so leicht und griffig erhoben werden kann, lautet dann dahin, dass die verantwortlichen Personen relevante Informationen nicht beschafft oder nicht beachtet haben, bzw., als Vorwurf an die Informationsbesitzer, dass sie die andern nicht unterrichtet haben. Wir wissen aus andern Bereichen, etwa aus dem Konsumentenschutz - oder dem Arztrecht, dass diese Informatisierung durchaus schon im Gange ist.

Jetzt das dritte Thema, das Stich- und Schlagwort von der Globalisierung per se. Alle vier Referate zeigten, dass man von den Platitüden dieser Globalisierungssprüche sehr bald weg und in recht abenteuerliche Gefilde gelangt, wenn man nach den wirtschafts**rechtlichen** Implikationen fragt. Christian Bovet zeigt mit vielen Beispielen, wie durchlässig unser Wirtschaftsrecht für ausländische Einflüsse geworden ist. Heinrich Koller erwägt die verbleibenden Funktionen des nationalen Gesetzgebers und bejaht sie, empirisch gestützt durch die Feststellung, dass in Bern die Gesetzgebungsarbeit in keiner Weise nachgelassen hat. Karl Hofstetter zeigt, dass das Wort von der Glokalisierung die Wahrheit auch im Wirtschaftsrecht am besten wiedergibt, dass nämlich auch eine dezentralisierende Kraft gegen die Globalisierung besteht. Und Anton Schnyder wird dabei ein Verblässen seiner speziellen Domäne, des internationalen Kollisionsrechts, am allerwenigsten fürchten müssen, vielmehr wird dort die Konkretisierung der rule of reason gewiss noch viel zu tun geben.

Globalisierung der Wirtschaft heisst also jedenfalls nicht von selber Globalisierung des Wirtschaftsrechts. Nicht leicht scheint aber die Antwort auf die Frage zu sein, was denn die "antiglobalen", die Dezentralisierung im Lokalen fördernden Kräfte sind. Solche auf die Segmentierung des Wirtschaftsrechts gerichtete Kräfte gibt es in den wirtschaftlichen Unternehmen (ich habe selber in der Festschrift zum heutigen Tag das Thema aufgegriffen), aber noch entscheidender dürfte sein, dass nun einmal ein Staat, und besonders wenn er demokratisch regiert wird, nur sehr zögernd seine Souveränität preisgibt. Auch die Internationalität der Sachverhalte, die Technizität der Materie und damit verbunden das Erleichterungsgefühl der nationalen Behörden, wenn man sich andernorts der Regelung annimmt, vermag dagegen nicht aufzukommen. Die grosse Frage bleibt, ob der Befund aus unseren Gesprächen dahin zu deuten ist, dass die rechtliche Wahrheit im Wirtschaftsrecht in einer Spaltung liegt, Spaltung in einen inhaltlichen, international geprägten Aspekt einerseits und der formellen Produktion des Rechts im Land. Ein solcher Rückzug aufs Formelle hiesse aber mit dem Etikett "made in Switzerland" Schindluder treiben und wäre eine überhaupt niemanden befriedigende Lösung. Der nationale Gesetzgeber muss eine echte eigene Funktion behalten. Der Nationalstaat hat doch wohl, gerade auch im Wirtschaftsrecht, keineswegs ausgespielt. Der Wettbewerb der

Rechtsordnungen ist zum Modestichwort geworden, und immer wird es den Wettbewerb der wirtschaftlichen und der rechtlichen **Kulturen** geben.

Dabei sollen wir uns auch im Klaren sein, dass die Internationalität der zu regelnden Sachverhalte sehr Verschiedenes bedeuten kann und der nationale Gesetzgeber realisieren sollte, dass er in sehr verschiedener Weise gefordert ist. Man kann sich paradox so ausdrücken, dass die internationalsten Sachverhalte den nationalen Gesetzgeber am meisten brauchen. Das Stichwort Um-Welt sagt schon alles: das Problem ist nur mit der Welt rundum zu lösen, aber der Wettbewerb der Rechtsordnungen kann hier sehr wohl die berüchtigte *race to the bottom* bedeuten, den Wettbewerb um das tiefste Schutzniveau. Hier geht nur etwas, wenn der nationale Staat die **internationale** Initiative ergreift, wenn nicht alle gegenseitig aufeinander warten sollen. In andern Bereichen kann der Wettbewerb anders wirken, nämlich eben dort, wo es einen Markt für Regelungen gibt. Das ist etwa gerade dort der Fall, wo es um die Regelung der Märkte selber geht; es gibt den Markt der Märkte, etwa im Kapitalmarktrecht. Auch solches Recht braucht die nationalen Rechtsentwicklungsinstanzen, und auch hier sollen sie nicht einfach als formelle Umsetzungsinstanzen wirken. Aber die Aufgabe ist eine andere: mit feinem Gespür muss der nationale Gesetzgeber den "Duft der grossen weiten Welt" einzusatmen und seine Produkte so zu gestalten suchen, dass sie dem internationalen Publikum einleuchten. Hier muss sich das nationale Recht - und das tut es doch wohl zu wenig - einem Argumentationsdruck stellen; es muss aus der Natur der Sache seine Lösung international rechtfertigen.

Auch durch die Diskussion um die juristische Ausbildung wehte viel internationale Luft. Das gilt natürlich ganz von selbst von den Berichterstattern Shelby du Pasquier und - mit seinem Heft gleichsam in Eigenregie, das wir ihm und dem Verlag Helbing bestens verdanken - Jens Drolshammer, als Vertreter international tätiger grosser Anwaltsbüros. Gerade die Tätigkeit solcher Anwaltsbüros zeigt allerdings auch das Gegenstück, den lokalen Aspekt, nämlich durch die Arbeit in Netzwerken, wo der einzelne Anwalt so solid und präzise wie möglich die Gesichtspunkte eben aus seiner Rechtsordnung einzubringen hat. Es besteht darum wohl kein Widerspruch zur Feststellung von Rolf Dubs, dass Rechtsausbildung nach wie vor nationales Recht im Brennpunkt hat. Das Internationale tritt vor allem als Fähigkeit zum Brückenschlag auf, als Kompetenz zum Verständnis der Gegenseite - sprachlich, kulturell und eben auch rechtlich.

Nicht von ungefähr dominiert darum in dieser Debatte kaum ein Wort so wie dasjenige der Problemorientiertheit des Rechtsunterrichts. Auch da freilich tritt sogleich das Gegenelement auf, nämlich die Bezogenheit der Rechtssätze aufeinander (ich vermeide das Wort "System"). Problembezogenheit der Rechtsausbildung heisst darum von der Wirklichkeit zu den Grundsätzen vorstossen und gewiss nicht Verzicht auf die Grundsätze. Darum bleibt die Gretchenfrage der Selektion, angefangen bei der Frage, was insgesamt als sinnvolle Studiendauer erscheint, bis hin zu diesem Auswahlkampf im einzelnen, den wohl nur diejenigen wirklich kennen, welche ein, zwei oder (wie der Sprechende) drei Studienreformen mitgemacht haben.

Damit bin ich wieder dort, wo wir gestern Mittag begonnen hatten: Recht als etwas, das mehr ist als die Summe seiner Teile. Auch das Rechtsstudium muss das Recht als solches, ius im Singular, erfahrbar machen. Einheit des Rechts heisst Solidität. Daneben tritt aber das Erfordernis der Beweglichkeit. Und das ergab sich als Anforderung ebenso an das Recht wie an den Juristen. Beweglichkeit und Solidität: ich glaube, dass wir die Relation präzisieren können: Beweglichkeit **aus** Solidität. Beweglichkeit setzt Solidität voraus, sowohl für das Recht wie für den Juristen. Und Solidität, so möchte ich hoffen, hat ihre Gewähr da und dort immer noch im "made in Switzerland".